

Nils und Birgit Thomsen
Dammweg 13
12435 Berlin

16.04.2010

Amtsgericht Köpenick
Präsidentin:
Rita Manshausen
Vizepräsident:
Dr. Wolfgang Berger

Kopie Parlament, Petitionsausschüsse zur Ergänzung der Aktenlage des Gesamtfalles
Kopie Öffentlichkeit und Medien

Weitere Verschärfung der Folgen polizeilicher Kriminalität seit 08.04.2004 - 2010 mir und meiner Familie gegenüber → Pfändung meiner in Vermögenstrennung lebenden Ehefrau zur Durchsetzung von Forderungen MIR gegenüber seitens Gläubigern, die ich NUR deshalb nicht bedienen konnte, weil ich durch fortdauernde vermögensschädigende Handlungen von Polizeibeamten und deren Erfüllungsgehilfen seit 2004 gezwungen wurde, die EV abzulegen. Konkret GeGeNr. 30M4262/10, Fragen auf der Zustellungsurkunde.

Sehr geehrte Frau Manshausen, sehr geehrter Herr Dr. Berger

Ich bin gezwungen, mit allen Mitteln gegen den fortlaufenden Rechtsbruch, ausgehend von Handlungen zweier Polizeibeamter 08.02.2004 und später deren Vorgesetzter mit dem Ziel der Vertuschung krasser Dienstvergehen fortlaufend bis heute vorzugehen.

Die in der Strafanzeige enthaltene StrAnz. Nr. Internet-Strafanzeige @29.03.2010-22383263 ermöglichte im Verbund mit einem darauf basierenden ebenso absurden Urteil die nun angezeigte Handlungsweise Ihrer Behörde.

Ich weise darauf hin, dass „im System“ keine Lösung gefunden werden kann, wenn weiter fortgesetzt die unwahren Behauptungen des Polizeipräsidiums (mit dem Zweck der Vertuschung krasser Dienstvergehen von Polizeibeamten 2004-2010 und Konstruktion meiner Unglaubwürdigkeit) zur Grundlage von staatsanwaltlichen Meinungen und dann richterlichen Urteilen gemacht werden.

Ich unterstelle, dass nur eine unabhängige parlamentarische Untersuchung diese konzertierte Aktion verschiedener amtlicher Verursacher und Begünstiger der Situation aufdecken kann.

Ich selbst empfinde tiefen Ekel vor den Dienststellen, in denen diese Geschichte im Nachgang konstruiert wurde, ich persönlich körperlich bedroht wurde und letztendlich seit langen 6 Jahren systematisch unsere Rechtsposition zerstört wird. Ich selbst bin in unerhörter Art und Weise diskreditiert worden, unsere Liquidität ist nur sehr bedingt geeignet, die notwendigen Lebensfunktionen sicherzustellen. Ich selbst unternehme alles, meine Familie vor dem Ruin zu bewahren.

Leider haben auch Sie, Frau Gerichtspräsidentin, dem ganzen Geschehen Vorschub geleistet. Die Vorwürfe gegen meine Ehefrau und mich sind absurd und entspringen nur einem einzigen Vorhaben: Die Vertuschung der brachialen Rechts- und Verfassungsbrüche von Polizeibeamten und der unverhältnismässige Härte anderer Behörden (FA, OA...) gegenüber Folgeerscheinungen der Tatumstände seit 2004 ff..

Es gibt eine Person oder eine Gruppe von Personen, welche ein Interesse haben, kriminelles Fehlverhalten von Polizeibeamten und später deren Vorgesetzten MIT ALLEN MITTELN zu vertuschen. Diese Personengruppe organisierte auf kriminelle Art und Weise meinen Rufmord, trieb mich in die Insolvenz, diskreditierte meine Person, verweigerte das Hören der Tatzeugen (BIS HEUTE!), pfändete und bedrohte uns... eine einzige lange Kette von amtlichem Fehlverhalten bis zu Straftaten auf der Grundlage pervertierten Korpsgeistes.

Es wird derzeit amtlich versucht, alles einzeln zu betrachten, das ist es aber nicht. Es ist ein einziger, sich über sechs Jahre erstreckender Fall von behördenübergreifendem Unrecht mit dem Ziel der Vertuschung von amtlichen Rechts- und Verfassungsbrüchen und Abwendung/Verhinderung der Übernahme der strafrechtlichen sowie zivilrechtlichen Verantwortung durch das Land Berlin.

Daher wandte ich mich an verschiedene politische Kontrollinstanzen, was durch Berliner Abgeordnete selbst vorgeschlagen wurde. Auch dieser neuerliche schlaglichtwerfende Tatbestand wird der Akte im Berliner Parlament sowie im Petitionsausschuss hinzugefügt. Es besteht anscheinend grosser und allgemeiner Konsens, dass uns Unrecht geschehen ist und weiter geschieht. Das Ausmass und die Folgen für uns sind mittlerweile irreversibel. Sie sind persönlich mitschuldig.

Ich fordere Sie auf, die unglaubliche Verfahrensweise gegenüber meiner Ehefrau (30M4262/10) sofort einzustellen, bis die Gesamtsituation und deren Ursachen juristisch und politisch geklärt sind. Die Klärung dieser für jedermann offensichtlichen Rechts- und Verfassungsbrüche hat selbsttätig und selbstreinigend zu erfolgen, wir sind einfach überfordert, den „Berliner Filz“ (Zitat Bundestagsabgeordneter) als Familie aufzudecken, zumal wir de facto und ganz zielgerichtet unserer juristischen Möglichkeiten beraubt worden sind.

Leider zwangen mich die Umstände des GESAMTFALLES 2004 – 2010, auch Sie, Frau Manshausen, anzuzeigen. Sie sind bewusst oder unbewusst in eine umfassend und konsequent organisierte und durchgeführte, mich und meine Familie bewusst rufmordende, diskreditierende und vermögensschädigende Handlung involviert, die bereits mafiöse Züge trägt, wie ein hoher politischer Verantwortungsträger äusserte. AZ siehe unten, Internetanzeige.

Die auf der Zustellungsurkunde geäusserten Fragen beantworten meine Ehefrau und ich wie folgt:

1a

Die Forderung wird durch Birgit Thomsen als gegen Birgit Thomsen gerichtet nicht anerkannt. Nils Thomsen erkennt die Forderung an, kann aber wegen der amtlich herbeigeführten Insovenz lediglich den Gang des Geschäftes aufrechterhalten, für die geschäftliche Zukunft investieren sowie notwendige Lebensfunktionen sicherstellen. Nils Thomsen ist selbstverständlich bereit, die Forderungen der Wassersport-GmbH nach einer erfolgten Schadensregulierung durch die eigentlichen Verursacher (Land Berlin) zu begleichen. Nils Thomsen ist nicht bereit, die konsequent rufmordende Handlungsweise der Klägerin und deren Vollstreckungsgehilfen zu akzeptieren. Er ist nicht bereit, die absurden Ermittlungsergebnisse von KK Roman Franke in Bezug auf die angeblich „falsche EV“ zu akzeptieren, die nun zu der konstruierten Möglichkeit des jetzt, kurz danach erfolgten, praktischen Durchgriffs gegenüber meiner Frau führten.

Die Vorgehensweise ist symptomatisch für das amtliche Verhalten seit 2004 - 2010, durchgehend und kontinuierlich bis heute.

Nils und Birgit Thomsen sind sicher, dass der Rechtsstaat oder Teile dessen amtlich missbraucht wurde(n) und wird(werden) und dass dieser Missbrauch in absehbarer Zeit offenbar wird, die Schuldigen bestraft werden und wir eine Entschädigung erhalten.

1b

Die Liquidität der Familie insgesamt lässt ein Lebensniveau nur auf niedrigstem Level zu. Unter Berücksichtigung der Raten für die Häuser (die übrigens NUR wegen der notwendigen Hypothek nach dem Diebstahl und der weiteren Zwangsmassnahmen diese Höhe haben) und der aktuellen Einkommenssituation liegt unser verfügbares Einkommen sicher unter dem Sozialhilfeniveau. Es ist klar, dass wir NICHT bereit sind, weitere Vermögensgegenstände zu veräussern, um amtlich verursachte Verbindlichkeiten zu begleichen.

2a

Es liegen noch Ansprüche von Personen und Firmen (Vermieter, Bank, Lieferanten ..) vor, die für den Geschäftsgang des Ladens als auch für den notwendigen Lebensbedarf der Familie zwingend erforderlich sind. Wenn hier eingegriffen wird, ist eine Konsolidierung der Familiensituation nicht möglich. Bei einer Entschädigung unserer Familie seitens des schadensverursachenden Landes Berlin ist auch eine Begleichung dieser Forderungen möglich. Diese Restforderungen liegen bei ca. 10000,00 EURO, die Höhe der (ausschliesslich durch den amtlich begünstigten und erst de facto ermöglichten Diebstahl) erforderlichen Hypothek liegt noch bei etwa 50000,00 EURO. Die Begleichung dieser Forderungen hat zur Aufrechterhaltung der Familie und des Geschäftsganges Vorrang. Ich weise darauf hin, dass wir bereits aus eigener Kraft trotz erwiesener Unschuld unsererseits an dem Desaster 2004 ff. ca. 80000-100000 EURO gezahlt haben, um die notwendigen Lebensfunktionen zu gewährleisten.

Internetstrafanzeige:

Unter der Bearbeitungsnummer: @16.04.2010-02111861

(Diese Nummer benötigen sie für ihre Unterlagen und zur Abfrage der Eingangsbestätigung)

wurden folgende Daten an die Berliner Polizei übermittelt:

Name : Thomsen
Vorname : Nils
Straße : Dammweg
Hausnummer : 13
PLZ : 12437
Wohnort : Berlin
Land : Berlin / BRD
Geburtsdatum : 26.06.1956
Geburtsort : Greifswald
Staatsangehörigkeit : BRD
Telefon :
FAX :
E-Mail : nilsthomsenpipes@email.de

Was ist passiert:

Auf der Grundlage der absurden Ermittlungsergebnisse (Internet-Strafanzeige @29.03.2010-22383263) eines KK Franke wurde neben dem infolgedessen absurden Urteil AZ 1113/91 JS 4687/08 VRS nun ein weiteres Urteil auf der Grundlage weiterer absurder Beschuldigungen gefällt. Meine Frau soll Beträge zahlen, die ich wegen der durch Berliner Polizeibeamte herbeigeführten Insolvenz 2004 nicht zahlen konnte. Gerichts-Geschäfts-Nummer 30M4262/10

Weiter siehe auch 'Wo'

Wo ist es passiert:

Beamte im Bereich des Polizeipräsidiums und des Innensenats verüben im Rahmen der Verfälschung von Tatsachen, krassen Fehlermittlungen und Einflussnahme auf die Staatsanwaltschaft und andere Behörden im Zeitraum 2004 -(bisher)2010 Rufmord, Vermögensschädigung höchsten Ausmasses, Mundtotmachung, Ehrabschneidung, Verleumdung usw., involvierte Staatsanwälte folgen den absurdesten Schlussfolgerungen, Richter am Amtsgericht Köpenick fällen Urteile auf der Grundlage dieser ganz klar verfälschten Tatsachen. Es werden Konstruktionen bemüht, die jeder logischen Grundlage entbehren. Das Ziel ist die Aufrechterhaltung der 'Staatsräson', die durch kriminell handelnde Polizeibeamte und derer Vorgesetzte diskreditiert wurde und nun durch Vertuschung und weitere brachiale Rechtsbeugung zu Lasten der eigentlichen Opfer aufrechterhalten werden soll.

Wann ist es passiert:

2004 - aktuell 13. April 2010. Auch dieser letzte angezeigte Tatbestand reiht sich nahtlos ein in den Gesamtfall, der sich kontinuierlich seit 2004 bis heute in zunehmender Schärfe entwickelt.

Wie ist es passiert:

Auf der Grundlage der systematischen Untergrabung unserer Glaubwürdigkeit im Zuge der Vertuschung von schweren Dienstvergehen zweier Polizeibeamter 2004 und nachfolgend derer Vorgesetzter bis hin zum Polizeipräsidenten im offensichtlichen Verbund mit ebenfalls getäuschten Staatsanwälten sind meinen Familie und ich einer unglaublichen Rufmordkampagne ausgesetzt. Letztes Beispiel ist die kürzlich angedrohte neuerliche Pfändung meiner von mir in Vermögenstrennung lebenden Ehefrau. Ziel ist die Abwendung von Forderungen gegenüber dem Land Berlin sowie die komplette Ausschaltung unserer Rechtsposition durch faktischen Entzug unserer Rechtsmittel im Verbund mit systematischer Zermürbung, Vermögensentzug, allgemeine Diskreditierung usw. Es soll erreicht werden, den hierarchieübergreifenden Rechtsbruch im Bereich des Polizeipräsidiums mit allen Mitteln zu vertuschen.

Warum ist es passiert:

Es ist passiert, weil Berliner Polizeibeamte ihre Dienstpflichten am 08.02.2010 kriminell verletzt und dann deren Vorgesetzte den Fall konsequent vertuschten. Im Rahmen dessen wurden alle Möglichkeiten bis hin zu körperlicher Bedrohung genutzt, um unsere Unglaubwürdigkeit zu konstruieren. Dies gelang zeitweilig bis in die Diensträume verschiedener Staatsanwälte. Wir werden kontinuierlich weiter diskreditiert und in ungeheurer Weise unter Druck gesetzt, um uns mental und finanziell zu zerstören.

Wem ist es passiert:

Familie Thomsen ist als Opfer einer jahrelangen vermögensschädigenden Rufmordkampagne, in die offensichtlich ebenfalls vorurteilsbehaftete oder getäuschte Staatsanwälte und Richter einbezogen wurden. Der Anlass der Anzeige bezieht sich nur auf den letzten Akt einer jahrelangen Tortur, die ihren Ausgangspunkt in der Vertuschungstaktik des Polizeipräsidenten von Berlin hat, der zumindestens trotz mehrfacher Information die skandalösen Vorgänge deckt.

Wer hat etwas gesehen:

Mittlerweile haben es Zehntausende Bürger der BRD mit Empörung gesehen, da ich mich am 08.02.2010 an die Öffentlichkeit gewandt habe. Es haben mittlerweile Polizeibeamte mit derselben Empörung gesehen. Es hat auch der Regierende Bürgermeister von Berlin gesehen.

Weitere Ergänzungen:

Der eingetretene Schaden ist eine weitere Rufschädigung, der Durchgriff auf meine völlig unschuldige und in Vermögenstrennung lebende Ehefrau verursacht einen Schaden von angedroht 2565,68 EURO. Das Ziel ist klar: Da infolge der durch das krasse Fehlverhalten der Berliner Polizei 2004 - 2010 unser Einkommen weit unter der Pfändungsgrenze liegt, soll nun auf andere Vermögenswerte zugegriffen werden. Dem diene letztendlich die Anschuldigung der angeblich 'falschen EV'. Die ganze Angelegenheit wurde durch folgende Personen verursacht oder gedeckt oder wissentlich falsch dargestellt oder billigend in Kauf genommen, weswegen ich Anzeige stelle gegen:

Ich stelle folgende Strafanzeigen:

1. Gegen Roman Franke (Polizei Berlin) wegen bewusster Falschermittlung, die vorurteilsbehaftet auf der Grundlage der im Segelfliegerdamm unter Federführung von mE Herrn Prinz u.a. fabrizierten Unglaubwürdigkeitskonstruktionen geführt wurde. Ich stelle Anzeige wegen des Verdachtes der Vorteilsnahme im Amt. Er hat entweder nicht die Kenntnisse, diesen Fall zu ermitteln oder hat einen Vorteil durch Vorlage dieses Ergebnisses gehabt und sei es nur die Vermeidung eines Nachteils.
2. Gegen den Polizeipräsidenten Dieter Glietsch wegen seiner politischen und administrativen Verantwortlichkeit und wegen des Verdachtes höherer Weisung an den Herrn Roman Franke oder dessen Vorgesetzten, entgegen des realen Sachstandes ein Ermittlungsergebnis vorzulegen.
3. Gegen den ermittelnden Staatsanwalt wegen nichterfolgter Einvernahme von Beteiligten (meine Ehefrau, mich selbst, Mitglieder des Berliner Tabakkollegiums u.a.) und klarer Nichtuntersuchung des Tatvorwurfs, der bei näherer Prüfung absolut absurd ist.
4. Gegen den Berliner Innensenator, Herrn Körting, wegen Nichttätigkeit trotz genauer Kenntnis der Mobbing – und Schikane des Landes Berlin mittels Polizeibeamter und der unstrittigen Aufforderung, den Gesamtfall Nils Thomsen ab 2004 tiefgründig zu untersuchen und einen sofortigen Stop aller Zwangsmassnahmen einzuleiten, bis die Wahrheit ans Licht gekommen ist. Er ist durch seine Stellung im Amt seit mindestens 08.02.2010 in Kenntnis und hat sich bisher in keinsten Art und Weise befleissigt, seine politische und administrative Verantwortung zu tragen. Er hat im Gegenteil offensichtlich Herrn Wowereit zu falschen Anweisungen an öffentlichkeitsrelevante Mitarbeiter, den Fall gegenüber nachfragenden Bürgern falsch darzustellen.
5. Gegen die Berliner Wassersport GmbH wegen fortgesetzt rufschädigender Handlungen wider besseren Wissens, betrügerische Konstruktion absurder Vorwürfe und vermuteter Bestechung gegenüber Amtspersonen, Herabwürdigung, Mobbing usw.
6. Gegen Unbekannt wegen vermuteter und vorgeworfener Handlungsweisen unterstellter Vorgesetzter bei Polizei und Staatsanwaltschaft, die in meinem Fall wiederholt viele und im Detail aufzuklärende Rechtsbrüche usw. begangen haben. Es muss Hinermänner geben, die ein direktes Interesse am Schutz vor Strafverfolgung haben oder an mir gegenüber angerichtetem Schaden
7. Gegen das Land Berlin wegen ganz offensichtlicher Rechtsbeugung, Verfassungs- und Gesetzesbruch, Strafvereitelung, staatlichen Mobbings mit staatlich verursachtem Vermögensschaden meiner Familie.

8. Gegen die Präsidentin des Amtsgerichtes Köpenick, die auf der Grundlage absurder Vorwürfe zusammenkonstruierte Ermittlungsergebnisse zur Grundlage absurder Urteile machen lässt oder billigend in Kauf nimmt und damit aktiven Anteil hat an der systematischen Zerstörung der Integrität meiner Familie samt des damit einhergehenden Vermögensverfalls.

Insgesamt handelt es sich um ein mafiaähnliches Geflecht verschiedener Akteure, die im Rahmen der Vertuschungsstrategie des Herrn Polizeipräsidenten Glietsch die Opfer von amtlichem Fehlverhalten mittlerweile erfolgreich kriminalisiert haben.

Nochmals: ALLE Ereignisse begannen am 08.02.2004 mit dem absolut absurden und krassen, quasikriminellen dienstlichen Fehlverhalten zweier Polizeibeamter, die dann in der Folge durch ihre Vorgesetzten gedeckt wurden und im Verbund mit verschiedenen anderen Behörden kontinuierlich BIS HEUTE mit steigender Schärfe unsere Unglaubwürdigkeit konstruierten, den Vermögensverfall immer weiter trieben und nun eine gewisse politische Tragweite selbst verursacht haben. Ich sehe insgesamt die Prinzipien des Rechtsstaates gefährdet und bin nicht mehr bereit, 'im System' dieses Netzwerkes von Rechtsbeugung und Inkompetenz rechtsstaatliche Hilfe zu suchen. Ich stelle daher Strafanzeige und leite den Fall an das Parlament und andere Untersuchungsbehörden weiter. Sollten so wie in der Vergangenheit wieder Verfahren wegen 'mangelnden öffentlichen Interesses' eingestellt werden, stelle ich sofort Strafanzeige gegen den jeweiligen Staatsanwalt. Mittlerweile dokumentieren etwa 1,5 Millionen Zugriffe der öffentlichen Darstellung des Falles ein sehr hohes Mass an Interesse.

Ich habe den Nachweis der Historie des Falles bereits erbracht. Eine Gruppe von Personen mit Namen und Dienstrang beugt und bricht seit 2004 ff. bis heute kontinuierlich Recht, zerstört wohlwissend und mit dem Ziel der erfolgreichen Vertuschung interner Kriminalität mich und meine Familie und beeinträchtigt unsere juristische Wehrhaftigkeit durch beinahe vollständigen Entzug unserer Liquidität. Wenn das noch nicht ausreicht, greift man auf anderweitige Werte zurück, letztendlich ist die Verfahrensweise existenzgefährdend und es ist mittlerweile allgemein bekannt in sämtlichen involvierten Behörden. Trotzdem wird zur Aufrechterhaltung des Anscheins von Rechtsstaatlichkeit wider besseren Wissens weiter in dieser schändlichen Art und Weise verfahren, denn mittlerweile stellt sich die Systemfrage. Es kann nicht mehr um irgedwelche Einzeltäter gehen. Es handelt sich um eine konzertierte Aktion ganz verschiedener Akteure, weil: Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Anmerkung: Frau Hahn aus dem Justizsenat war ausserstande, mir mitzuteilen, wer mich im Falle einer Klage gegen das Land Berlin rechtlich vertreten soll, denn als (durch Handlungen des Landes Berlin selbst in die Insolvenz getriebener) mittelloser Bürger habe ich nun augenscheinlich keinerlei Möglichkeiten. Jedenfalls konnte mir Frau Hahn die Frage nicht beantworten. Es ist ein Grenzfall und anscheinend im System nicht vorgesehen.

Bearbeitungsnummer: @16.04.2010-02111861
Die Strafanzeige wurde abgesandt!